

Indonesien beginnt eine neue Ära

Die Politik der Regierung der Neuen Ordnung war schon immer auf die Priorität von wirtschaftlicher Entwicklung und nationaler Sicherheit ausgerichtet, was in der Praxis dazu führte, daß Konfliktfälle durch das Eingreifen der Sicherheitskräfte beendet wurden. Äußerungen eines Beamten galten für die Öffentlichkeit als die offizielle Stimme der Regierung, die insgesamt oder auch nur in Teilen nicht kritisiert werden durften. Aber seit 1993 ist in Indonesien eine neue politische Ära angebrochen. Stimmen von unten haben jetzt bei Politikern größere Bedeutung. Die Stellungnahmen von Beamten haben nicht mehr das gleiche Gewicht wie früher. Auch ist die Stimme des Militärs nicht mehr identisch mit der Stimme von Golkar, der Regierungspartei, oder derjenigen der Bürokratie. Das wird in den

Massenmedien deutlich. Wenn man die Wahlen zu den Provinz- und Bezirksregierungen (Gouverneur bzw. Bupati) im letzten Jahr betrachtet, dann sieht man sowohl die Meinungsunterschiede zwischen dem Militär und Golkar, als auch die Interessenkonflikte zwischen dem Zentrum und den Regionen.

Andere Beispiele für die sich verändernde Stimmung sind die Auseinandersetzungen um geplante Golfanlagen und die innerbürokratischen Streitigkeiten um den Kauf der neuen Luftflotte von Garuda, der staatlichen indonesischen Fluglinie.

Nicht nur innerhalb, sondern auch außerhalb der Machtstrukturen zeigen sich Veränderungen. Die Stimmen der Intellektuellen sind lauter geworden, sie beginnen, ihren Platz bei den verschiedenen, jetzt entstehenden Auseinandersetzungen einzunehmen. Viele Intellektuelle sprechen bereits in den Massenmedien oder bei öffentlichen Veranstaltungen über Probleme, die früher Tabu waren.

Dieser Wandel zeigt sich auch in der Studentenbewegung. Seit den Studenten die praktische Politik auf dem Campus durch einen Erlaß im Jahr 1978 untersagt wurde, sind viele Studenten außerhalb des Campus aktiv geworden. Sie waren stark an lokalen Auseinandersetzungen beteiligt, z.B. bei Landrechtsfällen oder Enteignungen, sie haben gegen konkrete Fälle von Ungerechtigkeit protestiert und Solidaritätsaktionen in Fällen von Menschenrechtsverletzungen durchgeführt. Zuletzt haben sie begonnen, die Politik der Zentralregierung zu kritisieren (der Fall SDSB, vgl. and. Bericht). Sie gingen sogar so weit, zu fordern, daß das nationale Parlament eine

Sondersitzung einberufen und der Präsident vor Gericht gestellt werden sollte.

Eine ähnliche Entwicklung gibt es in der Basisbewegung. Sie läßt sich nicht mehr durch die Regierungspolitik der "Entwicklung und der nationalen Stabilität" täuschen, wenn ihre Interessen berührt werden. Enteignungen, bei denen der Bevölkerung Land gegen eine nicht angemessene Entschädigung genommen wird, können nicht mehr problemlos durchgesetzt werden. Inzwischen gehen die Betroffenen sogar oft auf die Straße, um zu demonstrieren und Öffentlichkeit für ihren Fall herzustellen.

Mit den ArbeiterInnen verhält es sich ähnlich: Auch sie fangen an, sich ihrer Rechte bewußt zu werden. Wenn sie zu keiner einvernehmlichen Konfliktlösung kommen, streiken sie und gehen ebenfalls auf die Straße. Sie glauben nicht länger, daß die Politik der Regierung "eigentlich" gut sei und die Fehler nur in der Ausführung durch bestimmte Personen liegen. Jetzt fragen viele kritisch, für wen diese Politik eigentlich gemacht wird. Ein Beispiel ist der Fall SDSB, einer nationalen Lotterie, die nach verbreiteten Protesten aufgelöst werden mußte. Ein anderes Beispiel ist die Wahl der Vorsitzenden der PDI (Partai Demokratis Indonesia), bei der große Teile der Bevölkerung ihre Sympathie für die Kandidatin Megawati Sukarnoputri demonstriert haben. Nach dem Willen der Regierung sollte Megawati Sukarnoputri nicht gewählt werden, was aber nicht durchgesetzt werden konnte.

Ein wichtiger Faktor bei den Ursachen für den Wandel ist die entspanntere Atmosphäre im Land nach dem Ende des Kalten Krieges. Früher sind kritische Personen oder Gruppen sofort als Kommunisten denunziert und damit ins Abseits gestellt worden. In der Zeit des Kalten Krieges galten innerhalb der indonesischen Gesellschaft Kommunisten als böse Geister. Jetzt gibt es einen globalen Wandel in der Ökonomie und eine mehr auf den Weltmarkt und internationale Konkurrenz ausgerichtete Wirtschaftspolitik in Indonesien. Es entsteht ein Bewußtsein, in dem die Gesellschaft eine politische Rolle übernimmt. Eine neue, gestärkte Mittelschicht wie

überhaupt eine neue, vom politischen Trauma der Vergangenheit freie Generation ist herangewachsen. Sie fordert beständig die Einrichtung einer Demokratie sowie die Einhaltung der Menschenrechte. Die neue Generation wird eine wichtige Rolle bei der Beantwortung der Frage spielen, welche politischen Kräfte in der Zeit nach Suharto das Sagen haben werden.

vgl. Forum Keadilan 20.1.94, S. 13; Kompas 22.1.94; Tempo 25.12.93, S. 13-21; 1.1., S. 32f; 15.1.94, S. 21-26

Zur wirtschaftlichen Entwicklung

Die Exporterlöse aus dem Ölgeschäft und die ausländischen Hilfen sind in der letzten Dekade rückläufig. Es kann nicht länger verläßlich auf die Exportgewinne zurückgegriffen werden, weil die Preisentwicklung schwer vorherzusagen ist bzw. weil zur Zeit der Weltmarktpreis für Öl niedrig liegt. Die Situation der Auslandsverschuldung wird zunehmend schwieriger. Neben den Belastungen durch die bestehende Verschuldung von 73,6 Milliarden US\$ und dem entsprechenden Schuldendienst muß sich Indonesien auch den Bedingungen der Geldgeber fügen. So beginnt die Politik sich folgendermaßen auszurichten: erstens soll der Anteil von Nicht-Öl und -Gasprodukten am Export gesteigert werden, was auf eine intensivere Ausbeutung der natürlichen Ressourcen (Wald, Landwirtschaft, Plantagenbau, Mineralstoffabbau) hinausläuft; zweitens soll das Land für ausländische Investoren attraktiver gemacht werden, indem man die in Indonesien noch billig verfügbare Arbeitskraft als Stimulans für ausländischen Investitionen hervorhebt; drittens soll das verfügbare Kapital mobilisiert werden, indem man das Steuersystem intensiviert und die Gründung von Banken erleichtert.

Die Mobilisierung des gesellschaftlich verfügbaren Kapitals hat Konsequenzen: erstens erfordert sie einen Ausbau des Verwaltungsnetzes und einen effektiveren öffentlichen Dienst, als den, der jetzt zur Verfügung steht; zweitens registriert die Gesellschaft aufmerksamere Verwendung der staatlichen Finanzen.

vgl. AW. 2.3.1994

- Anzeige -

BIDADARI -REISEN

J A V A / INDONESIEN

BIDADARI, so werden die Nymphen der altjavanischen Mythologie genannt, die sich leichtfüßig unter die Menschen mischen, mit ihnen Freundschaften schließen und danach um tiefe Eindrücke bereichert in ihre Welt zurückkehren. Mischen auch Sie sich in einer fremden Kultur unter die Menschen, bereit zu offenem Austausch, mit rücksichtsvoller Neugierde für die javanische Lebensart und auch von der eigenen Kultur mitteilend! Wir reisen in kleinen Gruppen von 12-15 Teilnehmern, um echte Begegnungen zu ermöglichen.



Aus dem Programm der 16- bzw. 23-tägigen Rundreise durch Zentral- und Ostjava: Vulkan- und Dschungelwanderungen, Besuch von Handwerksdörfern, Übung im javanischen Gamelanspiel, Tempelbesuche, Tänze, Treffen mit indonesischen Künstlern, Sprachblitzkurs.

TERMINE: Juli/August/Oktober 1994
PREISE: 3950/3100/3750 DM
INFO: BIDADARI-Reisen, Lydia Kieven, Wilhelmstr. 69, 50733 Köln, Tel. 0221/736584

Protest gegen Atomkraftwerkbau

Eine Anzahl von gesellschaftlichen und politischen Repräsentanten hat zum Ausdruck gebracht, daß sie nicht mit dem Bau eines Atomkraftwerkes in Jepara, Zentraljava, einverstanden sind. Abdurrahman Wahid, der Vorsitzende der NU (Nahdatul Ulama) und des Forum Demokrasi, sagte, daß er, falls das Atomkraftwerk dort gebaut würde, zum Fasten hingehen werde, was einem massiven Protest gegen die Regierungspolitik gleichkommt. Die Proteste erhoben sich, nachdem eine Machbarkeitsstudie, die von dem japanischen Unternehmen Newjec durchgeführt wurde, vom Direktor der Nationalen Atombehörde veröffentlicht worden war. Die Studie empfiehlt, in Muria (bei Jepara) ein Atomkraftwerk mit sechs Reaktorblöcken und einer Gesamtkapazität von 7.000 Megawatt zu bauen. Die Reaktion der Bevölkerung des für den Bau des Atomkraftwerkes ausgewählten Gebietes besteht darin, daß sie, neben ihrer Angst vor radioaktiver Strahlung, befürchtet, nach einer Umsiedlung wegen der erwarteten geringen Entschädigung eine Verschlechterung ihres Lebensstandards in Kauf nehmen muß.

vgl. Kompas 1.1.94, 8.1.94

Verschwundene Entwicklungsgelder

Während eines Seminars von indonesischen Wirtschaftswissenschaftlern sagte Prof. Dr. Sumitro Djojo Hadikusumo, ein Wirtschaftsberater des Präsidenten, daß ca. 30 Prozent der Entwicklungsgelder versickern. Die Gründe seien schlechte Projektplanung, geringe Effizienz und Sorgfalt bei der Ausführung sowie Korruption. Zur Abhilfe schlug J.B. Sumarlin, ein weiterer Wirtschaftsexperte, der Regierung vor, die Anzahl derjenigen Projekte zu verringern, die nur mit besonderen Ausstattungen, hoher Protektion oder großen Subventionen ausführbar sind.

vgl. Kompas 23.11.93; 1.1.94

Verhaftungen von studentischen Aktivisten

Dedi Ekadibrata, Student an der Universität Pakuan in Bogor, Westjava und Aktivist der Rechtshilfeorganisation (LBH) Ampera, ist am 9. November letzten Jahres verhaftet worden. Er war schon lange als ein Student bekannt, der aktiv die Anliegen der kleinen Leute verteidigte. Seine Verhaftung steht im Zusammenhang mit einem Landrechtsfall, in dessen Verlauf die lokale Bevölkerung von Cijayanti Bogor durch die Firma PT Light Instrumenindo von ihrem Land vertrieben wurde. Zunächst war er vom stellvertretenden

Morgen nach seiner Befragung berichteten seine Freunde, daß er wegen einer Brandstiftung am 7.1.93 im Lager der PT Light Instrumenindo verhaftet und angeklagt worden sei. Das bedeutet, daß er wegen eines kriminellen Deliktes verhaftet wurde, was für ihn in der Behandlung seines Falles schwere Konsequenzen nach sich ziehen kann.

Nuku Sulaiman, ein Student der Nationaluniversität von Jakarta und Vorsitzender der Yayasan Pijar, einer Vereinigung von kritischen Journalisten, wurde Anfang Dezember

fonds sind ein Geschenk) in Suharto Dalang Segala Bencana (= Suharto ist der Drahtzieher hinter allem Schlechten) umgemünzt hatte. Wegen dieser Aktion steht er jetzt vor Gericht. Der Staatsanwalt fordert sechs Jahre Gefängnis.

Am 14. Dezember 1993 sind 21 Studenten von verschiedenen Hochschulen für Lehrerausbildung auf Java ebenfalls verhaftet worden. Sie hatten sich offen mit weiteren 200 Studenten auf ein Podium gestellt und gefordert, ihre verhafteten Kommilitonen freizulassen und Suharto vor Gericht zu stellen.

Bis jetzt sind sie noch in Haft, und es ist nicht klar, wann sie wieder freigelassen oder ob sie vor Gericht gestellt werden. Anfang Januar 1994 sind 20 weitere Studenten verhaftet worden, nachdem sie eine Demonstration organisiert hatten, bei der sie die Freilassung ihrer noch verhafteten Kommilitonen forderten. 14 von ihnen sind inzwischen wieder entlassen worden, weil sie einen Rechtsberater



Studentenprotest im Parlamentsgebäude

Foto: fami

Polizeichef von Bogor vorgeladen worden, um eine Aussage über seine Verbindung mit dem erwähnten Fall zu machen. Nachdem er der Aufforderung am 8.11. Folge geleistet hatte, wurde er genauestens untersucht. Am

letzten Jahres ebenfalls verhaftet. Er wurde wegen Beleidigung des Staatsoberhauptes angeklagt, weil er Anstecker verteilt hatte, deren Aufschrift die Abkürzung SDSB (Sumbangan Dana Sosial Berhadiah = Beiträge für den Sozial-

hatten. Die übrigen sechs Studenten sind ebenfalls nach einem Schnellverfahren wieder frei. Allerdings müssen sie eine Strafe in Höhe von 10.000 Rupiah (ca. 9 DM) bezahlen.

vgl. Tempo 15.1.94, S. 21-26.

Streikaktionen teilweise erfolgreich

Streikaktionen haben gleichzeitig in verschiedenen Städten, und zwar in Kerawang, Bekasi, Serang, Surabaya und Denpasar, stattgefunden. Ende Januar 1994 streikten ungefähr 20.000 ArbeiterInnen. Ihre Forderungen waren: Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Lohnerhöhung.

Die folgende Aktion, die als nationaler Streik ausgerufen worden war, wurde nach Einschätzung der den Streik ausrufenden SBSI (nationale Einheitsgewerkschaft), von mehr

als 700.000 ArbeiterInnen unterstützt, indem sie eine Stunde die Arbeit niederlegten. Aufgrund dieses Streiks wurden einige Aktivisten verhaftet.

Trotz dieser Verhaftungen gab es viele weitere Streikaktionen, die im Zusammenhang standen mit der Ankündigung der ILO (International Labor Organisation) und der amerikanischen Regierung, die Meistbegünstigungsklausel (GSP = Generalised System of Preferences) für Indonesien könnte zurückgezogen wer-

den, falls die indonesische Regierung nicht die Rechte, z.B. das Streikrecht, der ArbeiterInnen stärker beachte und die Mindestlöhne nicht deutlich erhöhe.

Die Streiks waren zumindest insoweit erfolgreich, als die Mindestlöhne von der Regierung angehoben worden sind und das Eingreifen des Militärs bei Streikaktionen erschwert worden ist.

vgl. Tempo 29.1., S.34; 19.2.94, S. 38f; FEER 24.2.94, S. 28f